

Kampf um Freiheit: NEOS kritisieren ungarisches Pride-Verbot!

Pride-Monat feiert Vielfalt, während Ungarn das Recht auf Versammlungen einschränkt. EU fordert Maßnahmen gegen Diskriminierung.



Budapest, Ungarn - Der Juni ist der weltweit gefeierte Pride-Monat, der Vielfalt, Akzeptanz und die Rechte der LGBTIQ-Community ans Licht rückt. In diesem Jahr steht das Fest unter einem besonders schmerzhaften Zeichen, denn die ungarische Regierung hat die geplante Pride-Veranstaltung in Budapest verboten. Dieses Verbot stellt nicht nur eine Verletzung der Versammlungsfreiheit dar, sondern wird auch als Angriff auf die Grundwerte der Europäischen Union gewertet. Henrike Brandstötter, die LGBTIQ-Sprecherin der Partei NEOS, kritisiert das Verbot scharf und bezeichnet es als Höhepunkt der diskriminierenden Politik von Ministerpräsident Viktor Orbán.

Brandstötter hebt hervor, dass solche Maßnahmen eine

Bedrohung für Freiheit, Würde und Gleichberechtigung darstellen. Angesichts dieser Einschränkungen haben zwanzig EU-Staaten die EU-Kommission aufgefordert, Maßnahmen gegen die ungarische Regierung zu ergreifen. Es besteht ein eindringlicher Appell, die Fortschritte in Bezug auf die Rechte von LGBTIQ-Personen zu verteidigen und sich gegen jegliche Diskriminierung zur Wehr zu setzen. In Österreich konnte die Bundesregierung in diesem Kontext rechtliche Verbesserungen für gleichgeschlechtliche Paare beschließen.

Rechtliche Fortschritte in Österreich

In Österreich erhalten LGBTIQ-Personen, deren Ehen in ihren Heimatländern nicht anerkannt sind, volle Rechtsicherheit. Zudem werden Adoptionen durch gleichgeschlechtliche Paare, selbst wenn ein Partner keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, rechtlich abgesichert. Dies ist ein bedeutender Schritt hin zu einer besseren gesellschaftlichen Akzeptanz und Gleichstellung.

Europäischer Kontext und Reaktionen

Das Verbot der Pride-Veranstaltung in Ungarn wurde von vielen als weiterer Anstoß für die Diskussion um die Rechte von LGBTIQ-Personen innerhalb der EU angesehen. Laut einem Bericht von **Spiegel** haben sich 17 EU-Länder für ein härteres Vorgehen gegen Budapest ausgesprochen. Diese Länder fordern handfeste Maßnahmen, um die ungarische Regierung zur Verantwortung zu ziehen und die Menschenrechte zu wahren.

In diesem Rahmen befasst sich die **deutsche Bundesregierung** intensiv mit der Förderung der LGBTIQ-Community. Initiativen wie der bundesweite Aktionsplan „Queer leben“ zielen darauf ab, die rechtliche Stellung queerer Menschen zu verbessern. Der Queer-Beauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann, setzt sich für diese Belange ein, indem er Diskriminierung abbaut und rechtliche Gleichstellung fördert. Maßnahmen zur Modernisierung des

Familienrechts sowie die Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes für trans-, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen sind ebenfalls in Planung.

Zusammengefasst zeigt der aktuelle Pride-Monat eindrücklich die Spannungsfelder zwischen Feierlichkeiten und der anhaltenden Diskriminierung in verschiedenen Ländern. Die vielfältigen Aktionen und gesetzlichen Fortschritte in Ländern wie Österreich und Deutschland stehen in starkem Kontrast zu den rückschrittlichen Entwicklungen in Ungarn. Es bleibt zu hoffen, dass der unermüdliche Kampf gegen Diskriminierung und für die Rechte der LGBTIQ-Community nicht vergeblich ist.

Details	
Vorfall	Skandal
Ursache	Verbot der Pride
Ort	Budapest, Ungarn
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.spiegel.de• www.bundesregierung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at